



HESSISCHER LANDTAG

14. 03. 2012

*Dem
Sozialpolitischen Ausschuss
überwiesen*

**Antrag
der Fraktionen der CDU und der FDP
betreffend Zugang zu Pflegeberufen auch mit mittleren
Bildungsabschlüssen ermöglichen - EU Richtlinie muss
abgelehnt werden!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt den einstimmigen Beschluss des Bundesrates, die Pläne der EU-Kommission für eine Richtlinie zur Berufsqualifikation abzulehnen. Mit dieser Richtlinie sollten Krankenpflegekräfte und Hebammen künftig nur noch europaweit anerkannt werden, wenn sie vor der Ausbildung 12 Jahre die Schule besucht haben.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich die Zulassung für Krankenpflegekräfte und Hebammen nach einer zehnjährigen Schulbildung bewährt hat. Mit einer qualifizierten und praxisorientierten Ausbildung werden die jungen Menschen gut auf das Berufsleben vorbereitet. Zudem können Schüler über die einjährige Krankenpflegehilfeausbildung anschließend weiter in die Krankenpflegeausbildung wechseln, sofern sie über einen Hauptschulabschluss verfügen. Durch Anheben der Hürden für den Krankenpflegeberuf wird der Zugang für die jungen Menschen blockiert und sie werden ihrer Zukunftschancen beraubt.
3. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass Hessen auf die Fachkräfte angewiesen ist. In Deutschland und Hessen gibt es eine sehr niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Aufgrund des demografischen Wandels droht ein zunehmender Fachkräftemangel. Sollten die Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss jetzt von der Krankenpflege- und Hebammenausbildung ausgeschlossen werden, würde sich der drohende Fachkräftemangel zusätzlich verschärfen.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Neufassung der Richtlinie auch weiterhin engagiert einzubringen und die Hessischen Interessen zu vertreten. Hierbei muss es das Ziel sein, dass die bisherige Zugangsvoraussetzung einer zehnjährigen abgeschlossenen allgemeinen Schulausbildung auch weiterhin automatisch eine Anerkennung in der EU erfährt. Der Landtag dankt der Landesregierung, dass sie sich für dieses Anliegen auch bisher schon eingesetzt hat.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. März 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch